

INHALT

- | | |
|--|--|
| <p>5. Steuerliche Sonderregelungen nunmehr auch für die Rückgängigmachung von Ausgliederungen bzw. Übertragungen von Aufgaben durch Körperschaften öffentlichen Rechts</p> <p>6. Richtlinien für die Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal</p> <p>7. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2013</p> | <p>8. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2013</p> <p>9. Übersicht über die Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2012</p> <p>Verbraucherpreisindex Dezember 2012 (vorläufiges Ergebnis)</p> |
|--|--|

5.

Steuerliche Sonderregelungen nunmehr auch für die Rückgängigmachung von Ausgliederungen bzw. Übertragungen von Aufgaben durch Körperschaften öffentlichen Rechts

Die Sonderregelung für Ausgliederungen bzw. Übertragungen von Aufgaben durch Körperschaften öffentlichen Rechts (s. Art. 34 Budgetbegleitgesetz 2001 betreffend die steuerlichen Sonderregelungen für die Ausgliederung von Aufgaben der Körperschaften öffentlichen Rechts, BGBl. I Nr. 142/2000 i. d. g. F.) ist nunmehr aufgrund des Gesetzes BGBl. I Nr. 5/2013 sinngemäß auch auf alle durch die Rückgängigmachung von Ausgliederungen und Übertragungen unmittelbar veranlassten Schriften, Rechtsvorgänge und Rechtsgeschäfte anzuwenden.

Somit sind alle durch die Rückgängigmachung von Ausgliederungen und Übertragungen von Aufgaben unmittelbar veranlassten (anfallenden) Schriften, Rechtsvorgänge und Rechtsgeschäfte von der Gesellschaftsteuer, der Grunderwerbsteuer, den Stempel- und Rechtsgebühren sowie von den Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren befreit.

Für Zwecke der Umsatzsteuer gilt dies erst nach Ablauf des Vorsteuerberichtigungszeitraumes gemäß § 12 Abs. 10 und 11 UStG 1994.

6.

Richtlinien für die Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal

Für das Jahr 2013 ist für den Verwendungszweck „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ wiederum ein Betrag von drei Millionen Euro vorgesehen.

Die Bedarfszuweisungen werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Die Gemeinde hat angemessene einmalige und laufende Gebühren vorzuschreiben. Maßgeblich sind die das Haushaltsjahr betreffenden Gebührensätze des Jahres 2012. In diesem Jahr sind € 5,10 inkl. Umsatzsteuer

je m³ Baumasse bzw. € 15,30 inkl. Umsatzsteuer je m² Bruttogeschossfläche an einmaligen bzw. bis zum ersten Ablesezeitpunkt € 1,925 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler und ab dem ersten Ablesezeitpunkt € 1,994 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vorzuschreiben.

Werden verlorene Zuschüsse gewährt, die die Kanalgebührenbelastung für einzelne Gebührenpflichtige im

Ergebnis auf weniger als die angemessenen Gebühren vermindern, so sind „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ nicht möglich. Eine weitere Voraussetzung ist die Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss 2012 bis spätestens 31. März 2013 (§ 108 Abs. 1 TGO). Als Nachweis sind Auszüge aus den Niederschriften über die einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderates und Ablichtungen von deren Kundmachung an der Gemeinde-Amtstafel beim elektronischen Antrag im Reiter „Mitteilungen“ anzuschließen.

2. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, den Gebührenhaushalt Kanal durch zumutbare einmalige und laufende Gebühren auszugleichen. Als zumutbare einmalige Gebühren gelten die unter Punkt 1 genannten Gebühren. Als zumutbare laufende Gebühren gelten € 2,18 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler. Als Nachweis sind der auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habende Teil des Rechnungsabschlusses (wird im Antrag im Reiter „Haushalt“ aus dem GHD-Datenträger bereitgestellt) und weitere Kalkulationen anzuschließen. Den weiteren Kalkulationen muss insbesondere der durch die Gemeinde über laufende Gebühren verrechenbare Wasserbezug in m³, im Fall von Mindestgebühren einschließlich einer entsprechenden Korrektur, zu entnehmen sein.

3. Liegt ein endgültiger Gemeindehaushaltsdatenträger (GHD) vor, kann unter „Anträge“ mit der Filterauswahl Vorgangstyp „Gebührenhaushalt Kanal“ und nach der Betätigung der Schaltfläche „Suchen“ der Antrag „Gebührenhaushalt Kanal 2012“ ausgewählt werden. Im Reiter „Haushalt“ sind die Haushaltsdaten aus dem Datenträger zu übernehmen und gegebenenfalls zu ändern bzw. zu ergänzen, im Reiter „Kennzahlen“ sind sodann die vorgegebenen Felder (Gebührensätze etc.)

zu befüllen. Im Reiter „Mitteilungen“ sind die Niederschriften des Gemeinderates über die Festsetzung der Gebühren (Anschlussgebühren und lfd. Gebühren) bzw. die aktuell gültige Kanalgebührenordnung sowie die Niederschrift über die Beschlussfassung der Jahresrechnung samt Kundmachung anzuschließen.

Der ausgefüllte **Antrag ist bis spätestens Montag, den 15. April 2013**, an die Abteilung Gemeindeangelegenheiten weiterzuleiten.

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten prüft den Antrag sodann inhaltlich und legt bis Ende Juni 2013 einen Verteilungsvorschlag vor. Eine zugesagte Förderung wird in der Regel im Zuge der 2. Ausschüttung der Bedarfszuweisungen ausbezahlt.

Die Bedarfszuweisungen sollen jenen Gemeinden zugute kommen, die trotz zumutbarer Gebühren unter Zugrundelegung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nicht in der Lage sind, den Gebührenhaushalt Kanal auszugleichen. Kann mit dem eingangs vorgesehenen Betrag nicht das Auslangen gefunden werden, werden die Bedarfszuweisungen im Verhältnis der Finanzkraft II der Gemeinden gekürzt. Die Landesregierung behält sich weiters eine Deckelung (Obergrenze) des Förderbetrages vor.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei einer verspäteten Beschlussfassung der Jahresrechnung 2012 nach dem 31. März 2013, bei Nichtvorhandensein eines endgültigen GHD-Datenträgers zum Stichtag, bei einem unvollständigen Antrag (siehe dazu Punkt 1: Beilage der Niederschrift und Kundmachung über die Beschlussfassung der Jahresrechnung) oder bei verspäteter Antragstellung nach dem festgesetzten Termin ausnahmslos keine Bedarfszuweisung gewährt werden kann!

7.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2013

Ertragsanteile an	Februar		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	541.349	530.273	-11.076	-2,05
Lohnsteuer	21.051.494	22.808.602	1.757.108	8,35
Kapitalertragsteuer	1.836.338	1.450.401	-385.937	-21,02
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	312.206	484.252	172.046	55,11
Körperschaftsteuer	14.920	-387.185	-402.105	-2695,10
Erbschafts- und Schenkungssteuer	18.307	8.075	-10.232	-55,89
Stiftungseingangssteuer	7.239	4.473	-2.767	-38,22
Bodenwertabgabe	-10.209	2.550	12.759	124,98
Stabilitätsabgabe	-28.179	-413.815	-385.637	1368,54
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	23.743.465	24.487.625	744.161	3,13
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	20.376.222	21.812.589	1.436.368	7,05
Abgabe von alkoholischen Getränken	19	29	10	51,13
Tabaksteuer	1.263.949	1.284.509	20.559	1,63
Biersteuer	203.505	163.905	-39.601	-19,46
Mineralölsteuer	5.533.629	4.755.182	-778.448	-14,07
Alkoholsteuer	156.948	120.513	-36.435	-23,21
Schaumweinsteuer	1.566	977	-589	-37,60
Kapitalverkehrsteuern	38.486	66.498	28.012	72,78
Werbeabgabe	418.797	378.679	-40.118	-9,58
Energieabgabe	750.535	829.459	78.925	10,52
Normverbrauchsabgabe	400.480	344.587	-55.893	-13,96
Flugabgabe	84.704	92.326	7.622	9,00
Grunderwerbsteuer	7.978.756	6.359.758	-1.618.998	-20,29
Versicherungssteuer	1.464.960	1.516.469	51.509	3,52
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.003.114	1.164.270	161.156	16,07
KFZ-Steuer	3.425	1.724	-1.701	-49,67
Konzessionsabgabe	231.082	215.248	-15.834	-6,85
rechnungsmäßig Ertragsanteile	39.910.179	39.106.723	-803.456	-2,01
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	39.031.095	38.227.639	-803.456	-2,06
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	62.774.560	62.715.265	-59.295	-0,09
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.455.468	5.841.410	385.942	7,07
Werbesteuerausgleich	67.296	60.799	4.061	6,87
Werbeabgabe nach der Volkszahl	351.501	317.880	21.533	6,97
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

8.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2013

Ertragsanteile an	Jänner - Februar		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	9.486.419	9.837.862	351.443	3,70
Lohnsteuer	39.402.157	42.369.427	2.967.270	7,53
Kapitalertragsteuer	3.053.213	2.103.131	-950.082	-31,12
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	624.411	968.504	344.092	55,11
Körperschaftsteuer	12.695.612	13.300.340	604.728	4,76
Erbschafts- und Schenkungssteuer	41.092	17.350	-23.742	-57,78
Stiftungseingangssteuer	22.710	10.000	-12.709	-55,96
Bodenwertabgabe	125.900	154.351	28.450	22,60
Stabilitätsabgabe	991.392	838.877	-152.516	-15,38
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	66.442.907	69.599.841	3.156.934	4,75
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	38.608.530	40.972.561	2.364.031	6,12
Abgabe von alkoholischen Getränken	45	39	-6	-13,17
Tabaksteuer	2.527.899	2.569.017	41.119	1,63
Biersteuer	365.004	320.068	-44.936	-12,31
Mineralölsteuer	9.093.346	8.988.889	-104.457	-1,15
Alkoholsteuer	258.687	214.156	-44.532	-17,21
Schaumweinsteuer	2.275	1.610	-665	-29,25
Kapitalverkehrssteuern	99.333	119.366	20.034	20,17
Werbeabgabe	786.635	772.110	-14.524	-1,85
Energieabgabe	1.751.645	1.512.516	-239.129	-13,65
Normverbrauchsabgabe	793.420	701.403	-92.016	-11,60
Flugabgabe	179.691	190.848	11.157	6,21
Grunderwerbsteuer	15.243.468	12.719.516	-2.523.952	-16,56
Versicherungssteuer	2.302.650	2.237.512	-65.138	-2,83
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.006.228	2.328.540	322.312	16,07
KFZ-Steuer	102.524	83.227	-19.296	-18,82
Konzessionsabgabe	543.502	461.054	-82.447	-15,17
rechnungsmäßig Ertragsanteile	74.664.881	74.192.434	-472.447	-0,63
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	1.758.167	1.758.167	0	0,00
Summe sonstige Steuern	72.906.714	72.434.268	-472.447	-0,65
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	139.349.621	142.034.109	2.684.487	1,93
*) davon:				
Getränksteuerenausgleich	10.332.476	10.967.353	634.876	6,14
Werbesteuerenausgleich	126.403	123.967	-2.435	-1,93
Werbeabgabe nach der Volkszahl	660.232	648.143	-12.089	-1,83
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	501.670	501.670	0	0,00

9.

Übersicht über die Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2011

Darlehen nach Zweckbestimmung

2011 86.359.596 2012 122.069.793

Gemeinden ohne Innsbruck Stadt	in EUR		in % der Darlehenssumme		in EUR		in % der Darlehenssumme	
1. Hoheitsverwaltung								
1.1 Schulen	8.015.300		9,28%		7.872.302		6,45%	
1.2 Kindergärten	3.185.371		3,69%		3.322.000		2,72%	
1.3 Wasserleitungsbauten								
Wasserversorgung (WLF)	1.649.900		1,91%		1.834.800		1,50%	
Wasserversorgung (Bank)	1.668.500	3.318.400	1,93%	3,84%	4.788.000	6.622.800	3,92%	5,43%
1.4 Kanalbauten								
Abwasserentsorgung (WLF)	1.283.900		1,49%		1.104.200		0,90%	
Abwasserentsorgung (Bank)	8.657.900	9.941.800	10,03%	11,51%	9.773.000	10.877.200	8,01%	8,91%
1.5 Wohnbau, Altersheime								
Wohnbau, Altersheime (Wbf)	7.185.232		8,32%		4.423.150		3,62%	
Wohnbau, Altersheime (Bank)	3.982.000	11.167.232	4,61%	12,93%	9.760.000	14.183.150	8,00%	11,62%
1.6 Sportanlagen		2.138.000		2,48%		13.820.475		11,32%
1.7 Friedhöfe		250.000		0,29%		1.790.000		1,47%
1.8 Strassen, Wege, Brücken		6.538.200		7,57%		6.876.000		5,63%
1.9 Abfallbeseitigung		550.000		0,64%		814.500		0,67%
1.10 Feuerwehresen								
Feuerwehr	925.000	925.000	1,07%	1,07%	1.153.000	1.153.000	0,94%	0,94%
1.11 Umschuldung, Kontokorrent, Haushaltsausgleich		8.482.846		9,82%		15.464.222		12,67%
1.12 Bezirkskrankenhäuser		12.210.275		14,14%		8.000.000		6,55%
1.13 Sonstiges								
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	2.888.000		3,34%		3.587.084		2,94%	
Grundkäufe	10.688.172		12,38%		13.122.700		10,75%	
Infrastruktur Nahversorger					1.017.000		0,83%	
Infrastruktur Gewerbepark					880.000		0,72%	
Kraft- und Heizwerke					6.420.000		5,26%	
Musikschulen	0		0,00%		800.000		0,66%	
Katastrophenschäden / -schutz	409.000		0,47%		145.000		0,12%	
Wirtschaftshöfe	1.260.000		1,46%		107.000		0,09%	
Sonstige Zwecke	797.000	16.042.172	0,92%	18,58%	2.395.360	28.474.144	1,96%	23,33%
Summe Hoheitsverwaltung	82.764.596		95,84%		119.269.793		97,71%	
2. Wirtschaftliche Unternehmen	3.595.000	3.595.000		4,16%	2.800.000	2.800.000		2,29%
Summe Gemeinden ohne Stadt Innsbruck	86.359.596		100,00%		122.069.793		100,00%	
Innsbruck - Stadt								
a.o. Vorhaben Stadtgde. Innsbruck	0		0,00%		0		0,00%	
Umschuldung Stadtgde. Innsbruck	0		0,00%		0		0,00%	
Summe Innsbruck - Stadt	0		0,00%		0		0,00%	
Darlehensaufnahmen Summe Tirol	86.359.596		100,00%		122.069.793		100,00%	

Haftungsübernahmen

Aufschlüsselung der Haftungsübernahmen	2011	2012
Seilbahnen und Lifte	1.396.000	4.756.840
Bäder und Sportanlagen	9.550.000	431.533
Wasserleitungs- und Kanalbauten	0	5.218.175
Veranstaltungszentren	5.000.000	0
Schulen	18.142.000	7.777.000
Kraftwerke	0	26.577.011
Immobilien	12.435.000	21.937.000
Campingplätze	0	2.025.000
Sonstige Zwecke	3.010.000	2.409.125
Summe Gemeinden (ohne Innsbruck-Stadt)	49.533.000	71.131.684
Innsbruck-Stadt	69.851.522	5.391.733
Haftungsübernahmen Summe Tirol	119.384.522	76.523.417

Leasingverträge

	2011	2012
Feuerwehrwesen	900.000	0
Schulen	0	0
Kindergärten	0	0
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	0	606.688
Sonstige Zwecke	0	0
Leasingsumme Gemeinden Tirols	900.000	606.688

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR DEZEMBER 2012

(vorläufiges Ergebnis)

	November 2012 (endgültig)	Dezember 2012 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	107,0	107,2
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	117,2	117,4
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	129,6	129,8
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	136,3	136,6
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	178,3	178,6
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	277,1	277,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	486,3	487,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	619,6	620,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	621,7	622,8

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2012 beträgt 107,2 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für November 2012 um 0,2% gestiegen (November 2012 gegenüber Oktober 2012: +0,1%). Gegenüber Dezember 2011 ergibt sich eine Steigerung um 2,8% (November 2012/2011: 2,8%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck